

Anlage 2.2

**Freistaat Thüringen
Landesamt für Straßenbau
Abteilung 2, Referat 2.5
Postfach 80 03 53**

Angaben des Antragstellers:
(unbedingt ausfüllen!)

Ort, Datum: _____

99029 Erfurt

Antrag*) auf Gewährung einer Zuwendung nach ÖPNV-Investitionsrichtlinie (Infrastrukturvorhaben)

- in einfacher Ausfertigung einzureichen.
- Bei Vorhaben des SPNV, für Verknüpfungspunkte mit dem SPNV und P&R- sowie B&R-Anlagen an Zugangsstellen des SPNV bitte Antrag in Kopie der Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Tschaikowskistraße 11, 99096 Erfurt vorlegen

1. Antragsteller

Name und Bezeichnung (z.B. Name Firma und Geschäftsführer, Name Gemeinde und Bürgermeister)
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Telefon, Telefax, E-Mail)
Planfertiger

2. Vorhaben

Bezeichnung des Vorhabens und Anschrift (weitere Erläuterungen ggf. auf separatem Blatt)
Durchführungszeitraum (von - bis)

3. Finanzierungsplan

Gesamtkosten des Vorhabens		€
zuwendungsfähige Kosten lt. Ziffer 4	€	
davon Zuwendungen d. Landes: %		€
davon Anteil Dritter: ... (genaue Bezeichnung, ggf. Anteil in %)		€
davon Anteil des Antragstellers		€
nicht zuwendungsfähige Kosten lt. Ziff. 5	€	
davon Anteil Dritter: ... (genaue Bezeichnung)		€
davon Anteil des Antragstellers		€

4. Beantragte Zuwendung

Haushaltsjahr	zuwendungsfähige Kosten	Fördersatz	Zuwendungsbetrag
...	€	%	€
...	€	%	€
...	€	%	€
...	€	%	€
...	€	%	€
Summe	€		€

5. Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten

Gesamtkosten (brutto bzw. bei Vorsteuerabzug netto): ... €			
	Kosten	abzusetzende Kosten	zuwendungsfähige Kosten
5.1 Grunderwerbskosten:	€		
hiervon sind abzusetzen:			
- die darauf entfallenden Anteile Dritter		€	
- Wert d. Grundstücke u. Grundstücksteile, die nicht zuwendungsfähig sind		€	
- sonstige nicht zuwendungsfähige Grunderwerbskosten		€	
Summe abzusetzende Grunderwerbskosten:		€	
zuwendungsfähige Grunderwerbskosten:			€
5.2 Baukosten:	€		
hiervon sind abzusetzen:			
- die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter		€	
- sonstige nicht zuwendungsfähige Baukosten		€	
- Wert anfallender Stoffe oder Erlöse aus ihrer Veräußerung		€	
Summe abzusetzende Baukosten:		€	
zuwendungsfähige Baukosten:			€
5.3 Verwaltungskosten:	€		
hiervon sind abzusetzen:			
- nicht zuwendungsfähige Verwaltungskosten		€	
zuwendungsfähige Verwaltungskosten:			€
Summe nicht zuwendungsfähige Kosten:		€	
Summe zuwendungsfähige Kosten:			€

6. Begründung

Zutreffendes unbedingt ankreuzen, Ergänzungen/Erläuterungen anfügen, ggf. auf separatem Blatt)

6.1 Ziel und Notwendigkeit des Vorhabens

6.2 Notwendigkeit der Zuwendung, Angaben zur Finanzierung (auch Darstellung evtl. Erlöse z.B. infolge Verkauf / Rationalisierung)

6.3 Inwieweit entspricht das Vorhaben vorhandenen Planungen?

6.3.1 überörtliche Entwicklungsplanung:

- Landesentwicklungsplan
- Regionaler Raumordnungsplan
- ...

6.3.2 örtliche Entwicklungsplanung:

- Flächennutzungsplan
- Bauleitplan
- ...

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers u.a.

8. Erklärungen des Antragstellers

(☒ Zutreffendes unbedingt ankreuzen, Ergänzungen/Erläuterungen anfügen)

- 8.1 Das Vorhaben ist Bestandteil des aktuellen Investitionsplans (Anlage zum Nahverkehrsplan) des zuständigen Aufgabenträgers.
- 8.2 Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bestandskraft des Zuwendungsbescheides begonnen.
- 8.3 Der Antragsteller ist bezüglich des Vorhabens
- nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.
 - zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preise ohne Mehrwertsteuer).
- 8.4 Es wurden weitere Zuwendungen für den selben Zweck bei folgenden anderen Stellen beantragt oder gewährt: ...
- 8.5 Mir ist bekannt, dass ich das beantragte Vorhaben gem. Ziff. 4.1 / 6.2 der ÖPNV-Investitionsrichtlinie barrierefrei zu planen und zu realisieren habe und dass hierbei die zuständigen Beauftragten oder Beiräte für Menschen mit Behinderungen angehört und einzubinden sind. Die vom für Verkehr zuständigen Ministerium empfohlenen „Checklisten für barrierefreie Mindeststandards“ der Fachhochschule Erfurt werde ich, soweit vorliegend, beachten.
- 8.6 Mir ist bekannt, dass sich im Falle der Zuwendungsgewährung die Zweckbindungsfrist für das geförderte Vorhaben nach der Afa-Tabelle AV richtet.
- 8.7 Ich bestätige, dass ich die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) bzw. die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) beachten werde. Mir ist bekannt, dass ich bei der Durchführung der Vergabeverfahren die jeweils gültigen Schwellenwerte zu beachten habe.
- *) 8.8 Mir ist bekannt, dass ich mich wegen unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben über subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) wegen Subventionsbetrugs strafbar machen kann. Subventionserheblich i. S. von § 264 StGB sind die in diesem Antrag genannten Tatsachen, die nach dem Subventionszweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie den sonstigen Vergabevoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention erheblich sind. Ferner ist mir bekannt, dass ich verpflichtet bin, der Bewilligungsstelle alle Tatsachen, die der Bewilligung der Zuwendung entgegenstehen, unverzüglich mitzuteilen. Die Inhalte des § 264 Strafgesetzbuch sowie die §§ 3 – 5 des Subventionsgesetzes sind mir bekannt.
- 8.9 Folgende Genehmigungen liegen vor: ...

9. Anlagen

Zutreffendes unbedingt ankreuzen, Ergänzungen/Erläuterungen anfügen)

- technische Planungsunterlagen, soweit zum Zeitpunkt der Antragstellung vorliegend
 - Übersichtsplan
 - Generalverkehrsplan oder gleichwertiger Plan
 - Massenermittlung
 - Kostenermittlung
 - Darstellung über den Stand der Bauvorbereitung (Bauzeitenplan)
 - Erklärung zur Zweckbindungsfrist / Anzeigepflicht
 - Rechtsaufsichtliche Würdigung wenn der Antragsteller eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist
 - Stellungnahme des/der zuständigen Behindertenbeauftragten
 - Stellungnahme der Verkehrsbehörde zur Ausführungsplanung, soweit erforderlich
 - Nachweis Grundstückseigentum, soweit erforderlich
 - Genehmigungen / Beschlüsse: ...
 - ...
 - ...
- Der Antragsteller hat bei der Antragstellung eine Bescheinigung in Steuer-sachen vorzulegen, soweit er keine juristische Person des öffentlichen Rechts ist. Diese darf zum Zeitpunkt der Beantragung der Zuwendung nicht älter als einen Monat sein.

Hinweis:

Zur Auszahlung des Zuwendungsbetrages ist erneut eine Bescheinigung in Steuer-sachen vorzulegen, deren Ausstellungsdatum zum Zeitpunkt der Auszahlung nicht mehr als einen Monat zurück liegen darf.

10. Unterschrift des Antragstellers:

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift

Anlage zum Antrag vom: ...

Antragsteller: ...

Erklärung zur Zweckbindungsfrist / Anzeigepflicht

Vorhaben: ...

Als Träger des o. g. Bauvorhabens verpflichte ich mich, innerhalb der Zweckbindungsfrist (Ziff. 6.5 der ÖPNV-Investitionsrichtlinie) nach Fertigstellung der öffentlich geförderten Baumaßnahme jede Veräußerung, Verpachtung, Vermietung oder Zweckentfremdung der Bewilligungsbehörde unverzüglich schriftlich anzuzeigen und deren Weisung Folge zu leisten.

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift

Anlage zum Antrag vom: ...

Rechtsaufsichtsbehörde: ...

Rechtsaufsichtliche Würdigung

des Antrages der Gemeinde / der Stadt / des Landkreises ...

vom ...

auf Gewährung einer Zuwendung gem. ÖPNV-Investitionsrichtlinie.

Das Vorhaben: ...

mit einem Gesamtkostenaufwand von ... €

sieht einen Eigenmittelanteil von ... € vor.

Vorstehendes Projekt ist mit der dauernden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Antragstellers vereinbar.

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift

Anlage zum Antrag vom: ...

Stellungnahme Behindertenbeauftragte/r zum beantragten Vorhaben

Stadt / Landkreis: ...

Behindertenbeauftragte/r: ...

Anschrift: ...

Telefon / Fax / E-Mail:...

Die Beteiligung der/ des Behindertenbeauftragten bzw. des Behindertenbeirates zum geplanten ÖPNV-Investitionsvorhaben ...
erfolgte am ...

Es gibt Zutreffendes unbedingt ankreuzen

- keine Einwände.
- begründete Einwände zum genannten Vorhaben (Begründung auf gesondertem Blatt).
- Ich habe die Barrierefreiheit des Vorhabens anhand der „Checkliste für barrierefreie Mindeststandards“ der Fachhochschule Erfurt, soweit vorliegend, geprüft.
- Die ausgefüllte Checkliste ist beigelegt.

Aus Sicht des/der Behindertenbeauftragten erkläre ich mich mit der Durchführung des beantragten Vorhabens

- einverstanden.
- nicht einverstanden.

Ort, Datum

(Stempel)

Unterschrift